

# Flörsheimer Zeitung

Zugleich Anzeiger für den Rheingau



Ercheint Dienst, Donnerst., Samst., Sonnt. — Druck und Verlag von Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Kartäuserstraße Nr. 6. — Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. Main.

Anzeigen kosten die sechsgepaunte Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. — Kellamen die sechsgepaunte Petitzeile 100 Pfg. — Bezugspreis: monatl. 55 Pfg., mit Beiringerlohn 60 Pfg., durch die Post 2.00 fürs Vierteljahr.

Nummer 18.

Donnerstag, den 13. Februar 1919.

23. Jahrgang

## Ebert Präsident des deutschen Reiches.

Weimar, 11. Febr. Die Nationalversammlung wählte mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen, bei 71 Stimmenthaltungen, Ebert zum vorläufigen Präsidenten des deutschen Reiches. Koschowsky erhielt 49 Stimmen. Zwei Stimmen wurden zerstückelt. (Scheidemann und Erzberger je eine Stimme.) Ebert erklärte, die Wahl anzunehmen.

### Kofales und von Nah u. Fern.

Flörsheim, den 13. Februar 1919.

### Sitzung der Gemeindevertretung

von Dienstag, den 11. Februar 1919, abends 7 Uhr.

Anwesend waren außer dem Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Laud, die Herren: Beigeordneter Reimer, Jakob Schleidt, Fritz Rödinger, M. Mohr, F. Bredheimer, Ad. Messerschmitt, H. Messer, R. Wagner, P. J. Bettmann, Joh. Christ, J. C. Zinner, J. Scherz, A. Kilt, Ad. Hartmann, Val. Köchel, H. Schleidt, Koip. Schuhmacher, Andr. Schwarz, Franz Schichtel u. Joh. Laud.

Herr Bürgermeister Laud teilt mit, daß der Herr Ortskommandant zur Sitzung erscheinen werde und ersucht die Gemeindevertretung um den Auftrag dem Herrn für das bisher der Gemeinde bewiesene Wohlwollen zu danken.

### Tagesordnung:

1. Genehmigung der Statuten für die Erwerbslosen-Versicherung.

Der Vorsitzende teilt mit, daß das Statut im Prinzip genehmigt sei. — Er fügte sich verpflichtet, einen öffentlichen Dank dem Beigeordneten Herrn Reimer, der viel im Dienste der Gemeinde tätig sei, sowie dem Herrn Fabrikanten Fritz Koerdlinger für die ohne Entgelt seit Befehung der Gemeinde zur Verfügung gestellten zwei Beamten auszusprechen. Das solle aber in Zukunft anders geregelt und eine angemessene Entschädigung gezahlt werden. — Es folgt die Verlesung des seitens der Kommission ausgearbeiteten Statuts für die Erwerbslosenversicherung, welches in der vorgeschlagenen Form Annahme findet.

Das Wichtigste ist, daß allen Ortseingesessenen, die eine Woche arbeitslos sind, eine Unterstützung von 48.— Mark wöchentlich bezahlt wird. Je nach der Zahl der noch die Schule besuchenden Kinder, erhöht sich dieser Satz. Den aus der Schule entlassenen Jugendlichen werden bis 18 Jahre 65 Pfg., darüber 85 Pfg. Unterstützung bezahlt. Nötig ist, daß die Arbeitslosen sich beim Arbeitsnachweis der Gemeinde melden und unter dessen Kontrolle stellen.

Gemeindevertreter Karl Wagner hält es für notwendig, die Firma Diederhoff nun endlich einmal darum anzugehen, den seit Jahren abgerutschten Neuwingerweg wieder in seinen vorherigen Stand zu bringen, das gäbe Arbeitsgelegenheit für Viele. Dierem schließen sich A. Schwarz und A. Kilt an und es wird in entsprechender Weise bei der gen. Firma für endliche Wiederherichtung des Weges gesorgt werden.

2. Durch den Vorsitzenden kommt eine Beschwerde schrift der Lebensmittelkommission an die Gemeindevertretung zur Verlesung. Die Kommission führt Klage über den Gemeindevorsteher Fritz Rödinger, welcher nach kurzer Anwesenheit bei einer Sitzung, zu welcher das Erscheinen des Bürgermeisters durch die Kommission gewünscht wurde, zu Beamten des Rathauses geführt haben soll: „Jetzt wird Herr Claus sogleich den Herrn Bürgermeister zur Sitzung der Lebensmittelkommission befehlen!“ Die Kommission sieht darin ein Gegen-

einanderspielen von amtlichen Personen und Stellen was dem Wohle unserer Gemeinde nicht förderlich sein kann.

Herr Fritz Rödinger entgegnet, daß er derartiges nicht getan habe, die Behauptungen der Eingabe seien verlogen.

Gemeindevorsteher A. Schwarz sagt, daß die Lebensmittelkommission dem Herrn Fritz Rödinger seit Anfang ein Dorn im Auge sei und er beantragte für heute Abend einen definitiven Entschluß der Gemeindevertretung die Kommission entweder anzuerkennen oder aufzulösen.

F. Rödinger sagt, daß er gegen die Kommission selbst nichts sage, daß er nur die Art der Ernennung derselben für ungiltig halte.

Bei Abstimmung erkennt die Gemeindevertretung die Lebensmittelkommission (bis zu den Neuwahlen) einstimmig an.

3. Genehmigung der Verpachtung der Fischerei.

Die Fischerei der Gemeinde wurde durch den Fischer P. Rauheimer 5 zum Preise von 25.— Mk. gepachtet mit der Bedingung, daß die Fische nur an Flörsheimer Einwohner verkauft werden dürfen. Wird einstimmig genehmigt.

4. Wahl eines Holzabfuhr-Ausschusses.

Es wurden gewählt die Herren Blisch, Mohr, Val. Körtel, Franz Schleidt 2.

5. Der Vorsitzende gibt von einem Schreiben des Jagdpächters Herrn Karl von Opel, Kenntnis, wonach derselbe die Weiterzahlung der Jagdpacht ablehnt, da ihm durch die Befehung die Ausübung des Jagdrechtcs unmöglich gemacht sei. Schadenersatzanprüche behält er sich vor. Die Vertretung beschließt, mit der Antwort einen Rechtsanwalt zu beauftragen, der auch die Korrespondenz mit der Gasanstaltsbetriebsgesellschaft in Berlin, von welcher die Gemeinde nunmehr das hies. Gaswerk in eigene Regie übernommen hat, führen soll.

6. Gemeindevorsteher M. Mohr berichtet über Verhandlungen mit den Waldarbeitern betr. Erhöhung der Hauverlöhne und sagt, daß die Waldkommission alle Forderungen derselben angenommen habe, sodaß die Leute nunmehr zufrieden wären.

Der Vorsitzende teilt einen Beschluß des Gemeindevorstandes mit, wonach 500 Rmtr. Brennholz durch die Gemeinde angefahren und im Rathaushof zur Abgabe an die Einwohner bereit gehalten werden sollen. Das Holz soll nur an solche Bürger abgegeben werden, die mit keinem größeren Steuerfah als 44.— Mk. veranlagt sind. Der Preis für dieses Holz wird noch festgesetzt. Der Steuerfah wird auf 52 Mark heraufgesetzt.

Gemeindevorsteher Franz Schichtel tritt nachdrücklich dafür ein, daß mit den Holzversteigerungen zurückgehalten dafür aber jedem Bürger die Möglichkeit gegeben werde, sich das nötige Brennholz aus dem Gemeindevwald zu einem ertächtlichen Preise zu kaufen. Auch könne die Gemeinde für die Anfuhr des Holzes ganz gut sorgen, da manche Arbeitslose dadurch Beschäftigung fänden.

Die Gemeindevertretung beschließt, nach dem Vorschlag der Lebensmittelkommission, Milchprämien an die hies. Landwirte und Milchproduzenten zu zahlen. Man hofft dadurch eine stärkere Milchablieferung zu erzielen.

6. Antrag der Flörsheimer Zeitung und des Flörsheimer Anzeigers betr. Neuregelung der Gebühren für amtliche Bekanntmachungen.

Es wird denselben eine Erhöhung ihrer Jahresent-

## Amtliches.

### Ordre!

Le conseil de guerre de la 51. D. I., dans sa séance du 1er févr. 1919 a condamné les nommés Bach Hermann, et Kanne, Karl, demeurant à Biebrich, chacun à cinq cents francs d'amande pour vol simple, et le nommé Käch, Heinrich, de Biebrich, à un an de prison pour le même motif.

Q. G., le 5. février 1919. Le Général Eccoehard, cdt. la 51. D. I. signé: Eccoehard.

Pour copie conforme.

Le Lt.-Colonel Fabre.

Administrateur militaire du cercle de Wiesbaden (Campagne).

Wiesbaden, le 5 février 1919.

### Befehl!

Das Kriegsgericht der 51. D.-D. hat in seiner Sitzung vom 1. Febr. 1919 die genannten Bach, Hermann, und Kanne, Karl, beide wohnhaft in Biebrich, zu je fünfhundert Francs Geldstrafe, wegen einfachen Diebstahls verurteilt und den Käch, Heinrich, aus demselben Grunde zu einem Jahr Gefängnis.

### Bekanntmachung.

Am Freitag, den 14. Februar, 1919 nachmittags von 2—4 Uhr kommt auf dem Rathaus Margarine zur Ausgabe. Auf eine Person kommen 100 Gramm zum Preise von 50 Pfg. Selbstversorger sind von dieser Ausgabe ausgeschlossen.

Flörsheim, den 12. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

### Bekanntmachung.

Am 15. Februar findet in den Gemeinden des Kreises für alle männlichen und weiblichen Personen über 14 Jahre kostenloser französischer Unterricht statt. Der Unterricht wird voraussichtlich durch deutsche Lehrer erteilt. Alle diejenigen, die an dem Unterricht teilnehmen wollen, wollen sich sofort in einer bei dem Bürgermeisteramt, Zimmer 6, aufstiegender Liste eintragen.

Wird veröffentlicht.

Flörsheim, den 12. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

### Bekanntmachung.

Betr.: Ausfertigung der Fahrtausweise.

Reiseausweise können nur in besonders dringenden Fällen ausgestellt werden, da der Verkehr außerhalb des Ortes auf das Meiste eingeschränkt werden muß. Es empfiehlt sich, bei Beantragung der Reiseausweise Schriftstücke, welche die Dringlichkeit der Reise beweisen, z. B. ärztliche Atteste, Vorladungen etc. vorzulegen.

Nach den z. Zt. geltenden Bestimmungen, erfolgt die Entscheidung über die Anträge bei der Etappen-Kommandantur in Biebrich.

1. für Reisen im rechtsrheinischen Bistum Mainz und in die Stadt Mainz (ohne Landkreis), also Landkreis Wiesbaden, Untertaunus, Obertaunus, Rheingau, und Höchst (soweit befeh) sowie Stadt Wiesbaden

2. Außerdem für Arbeiterzüge nach Frankfurt jedoch nur für Arbeiter und Angestellte, die von ihrem Wohnsitz in Flörsheim nach ihrer Arbeitsstätte in Frankfurt fahren. Dem Fahrtausweis ist ein Arbeitsausweis seitens der Firma in Frankfurt anzuhängen, welcher von der Polizei des Arbeitsortes beglaubigt sein muß. Gesuche für Fahrten nach Frankfurt ohne Arbeitsnachweise besonders mit Angabe allgemeiner Gründe, wie Arbeitsaufnahme, Einkäufe usw. können in Biebrich nicht erledigt werden.

Alle anderen Anträge werden zur Entscheidung meist in 10—12 Tagen an eine höhere Dienststelle weitergegeben. Es empfiehlt sich, solche Anträge ein entsprechendes, kurz gehaltenes Gesuch möglichst in französischer Sprache beizulegen.

Anträge nach dem neutralen und unbefehnten Gebiet haben so gut wie keine Aussicht auf Erfolg.

Ausweise für den Landkreis Wiesbaden können für längstens 14 Tage, solche für den übrigen Teil des Bistums für längstens 4 Wochen ausgestellt werden. Ausweise für längere Zeit und Dauerausweise werden nicht genehmigt.

Abgelassene Pässe müssen auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 6) abgegeben werden.

Flörsheim, den 10. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.



# Die Nationalversammlung.

3. Sitzung

Präsident Dr. David eröffnete die Sitzung um 3.25 Uhr. Zunächst wurde eine Reihe weiterer Wünsche und Telegramme verlesen.

Sodann wurde das Ergebnis der Christlich-republikanischen (Rechtssozialist), Dr. Neumann-Cosser (Demokr. Partei), Städel (Rechtssoz.), Dr. Pfeiffer (Zentrum), Kempke (Deutsch. Volksp.), Holz (Zentr.), Malfewig (Deutschnat. Volksp.) und Frau Agnis (Unabhängig).

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Staatssekretär Dr. Preuß ergriff das Wort zur Begründung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Er führte u. a. aus: Die Schaffung einer Verfassung für das Reich liegt Ihnen ob. Der Beruf und die Vollmacht zur Schaffung dieser Verfassung liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland wird eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Glieder. Wenn über manches Zweifel bestehen mögen: die Förderung der Einheit ist die Forderung der ganzen Nation. Heute ein Volk nach schweren Kriegsliden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande, diese schweren vier Jahre durchgelitten hat, das Recht gibt auch nach dem Verlust dieses Krieges vertrauensvoll in die eigene Zukunft zu blicken, auch gestützt auf die Leistungen und auf die Loyalität des Volkes an der Hoffnung festzuhalten, daß es auf diesen Sturz einen Aufstieg geben wird und geben muß, für den die Grundlagen zu legen, der hohe heilige und schöne Beruf dieser Versammlung ist. (Lebh. Bravo!) Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, namentlich der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir nach den Kundgebungen dieser Tage hoffen und erwarten dürfen, daß sie sich durch den Hinzutritt unserer deutschen Brüder in Oesterreich vervollständigen wird, ist der erste Gedanke, den wir in den neuen Zustand hinübertragen. Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist in allen Stürmen und Zwischenfällen, die mit dem revolutionären Zustand untrennbar sind, im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrechterhalten worden. Und ich glaube, an dieser Stelle den Kräften des Parlamentarismus, die sich ohne Rücksicht auf politische Überzeugungen in dem Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Erledigung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, Anerkennung aussprechen zu dürfen. (Beifall.) Der Staatssekretär begründet dann die einzelnen Punkte des auch von uns veröffentlichten Verfassungsentwurfes und schließt: Wie es bei einem Kompromißvorschlag nicht anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird, weiten Teilen nicht gefallen, dem einen zu viel, dem andern zu wenig geben. Das kann nicht anders sein; aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, daß der Gedanke, der diesen Kompromißentwurf zugrunde liegt, der Gedanke der Vereinbarung, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringsten Widerstandes, dem neu zu schaffenden Deutschen Reiches sobald wie möglich eine anerkannte Regierung zu geben; daß dieser Gedanke auf allen Seiten dieser hohen Versammlung Anklang finden möge. Es wird zugleich der erste und wahrlich nicht bedeutungslosste Schritt zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes sein. (Beifall.)

Vizepräsident Haußmann: Fortwährende liegen nicht vor. Die erste Beratung ist geschlossen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die vorläufige Reichsgewalt. — Schluß nach 4 Uhr.

## Die neue Regierung.

Die interfraktionellen Besprechungen über die Besetzung der Regierungsposten dauern fort. Es heißt, daß die Rechtssozialisten jetzt neben dem Reichspräsidenten auch das Präsidium in der Nationalversammlung besetzen wollen, sobald Dr. David sein Amt weiter behalten wird. Dem Zentrum ist dafür der Posten des Ministerpräsidenten angeboten worden. Die Personenfrage ist noch nicht entschieden.

## Neue Unruhen in Berlin.

Samstag mittags 1 Uhr bekamen Regierungstruppen den Befehl, die Gegend zwischen dem Alexanderplatz nach dem Bahnhof Börse abzusperren und dort Hausdurchsuchungen nach Waffen vorzunehmen. Diesen Regierungstruppen leisteten in der Neuen Schönhauserstraße, Ecke Weinmeisterstraße und Münzstraße, sogenannte „Händler“ kräftigen Widerstand. Die Händler weigerten sich, die Straße zu räumen, worauf die Regierungstruppen in den Kampf emgriffen. Kurz nach 1 Uhr fielen die ersten Schüsse. Bald darauf wälzten sich die ersten Verwundeten im Blute. Bis gegen Abend waren fünf Tote und dreißig Verwundete gezählt. Die Gegner der Regierungstruppen erhielten von allen Seiten Zuström. Sie gingen gegen die Regierungstruppen vor mit dem Ruf: Wieder mit den Muthunden Ebert-Scheidemann! Gegen den späten Abend behnten sich die Kämpfe aus. Es scheint, daß bis zum Alexanderplatz der Kampf sich ausdehnt. Der frühere Polizeipräsident von Berlin, Eichhorn, soll der Führer des neuen Aufstandes sein.

## Unsere Landwirtschaft.

Die Reichsregierung hat zwei Verordnungen erlassen, die für die neue Wirtschaftsordnung von tief einschneidender Bedeutung sind. Die eine regelt die Fragen der Beschaffung landwirtschaftlichen Siedlungslandes, und die zweite schafft eine neue Landarbeitersordnung. Beide Verordnungen haben die Genehmigung des

landwirtschaftlichen Körperschaften gefunden. Wir stehen nicht an, die Grundgedanken, die durch die beiden Verordnungen verwirklicht werden sollen, als durchaus sympathisch zu bezeichnen, müssen grundsätzlich aber doch die Forderung erheben, daß solche einschneidende Maßnahmen, wie sie jetzt getroffen werden sollen, auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung, nicht aber auf dem Wege bloßer Verordnung, die zudem sofort inkraft treten, getroffen werden müssen.

Für jeden einsichtigen Politiker ist es längst klar, daß eine der Hauptaufgaben des neuen Deutschlands eine weitreichende und großzügige Agrarpolitik sein muß. Deutschland ist durch den unglücklichen Krieg um viele Jahrzehnte in seiner Entwicklung zurückgeworfen worden, und es wird in Zukunft unmöglich sein, in unserer Industrie all die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu beschäftigen, die vor dem Kriege ihr Auskommen in ihr gefunden haben. Wenn wir nicht wieder Menschen exportieren wollen, werden wir dazu übergehen müssen, aus Deutschland wieder mehr, als es in den letzten Jahrzehnten der Fall war, ein Bauerland zu machen. Um unsere geistig hochstehenden Industriearbeiter aber für die Landwirtschaft zu gewinnen, muß in den Verhältnissen auf dem Lande vielfach gründlich Wandel geschaffen werden; wir müssen vor allem darnach trachten, viele freie Bauern auf eigener Scholle in unserem Lande zu schaffen.

Jeder weitichtige Politiker ist sich darüber klar, daß uns gerade jetzt eine gemeinnützige Bodenpolitik nottut, daß durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreformen durchgeführt werden müssen. Wir müssen darnach trachten, eine Mehrung und Erweitern der bäuerlichen Betriebe herbeizuführen unter Heranziehung von Staatsdomänen und des unwirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes, natürlich gegen Entschädigung. Die neue Reichsordnung hält sich im Großen und Ganzen im Rahmen dieser Forderungen. Sie verpflichtet die Bundesstaaten, nach Bezirken geteilt, gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu gründen, denen die Schaffung von Siedlungsland obliegt. Sie enthält ferner besondere Bestimmungen über die Aufstellung des Großgrundbesitzes und erteilt den aus den Ansiedlungsbezirken zusammengefaßten landwirtschaftlichen Arbeitern für ihre Haushaltungen Pachtland zur Verfügung zu stellen; sie dürfen solches Land gegebenenfalls zwangsweise durch Enteignung erwerben. Die andere Verordnung, eine Landarbeitersordnung, schafft Schutzmaßnahmen zu Gunsten der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Regelung soll nur vorläufig sein, und die Schaffung eines Landarbeitersrechts späterer Zeit vorbehalten bleiben. Zunächst soll den städtischen Arbeitern nur zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie durch die Ueberstellung aufs Land ihre Lebensverhältnisse nicht verschlechtern, im Gegenteil in mancher Hinsicht verbessern.

Die Arbeitszeit auf dem Lande soll in vier Monaten des Jahres täglich acht Stunden, in vier Monaten zehn Stunden und in weiteren vier Monaten elf Stunden betragen. Uebersunden müssen besonders vergütet werden. In Betrieben, die Arbeiteranschlüsse haben, muß nach Anhörung dieser Anschlüsse eine Arbeitsordnung erlassen und ausgehängt werden. Besondere Vergünstigungen werden den Arbeiterinnen gewährt. Es wird kaum ausbleiben, daß gegen diese neuen Verordnungen und besonders gegen ihre Durchführung viel Einwendungen erhoben werden. Ohne Färten werden so tiefgehende Maßnahmen, wie diese beiden Verordnungen sie darstellen, auch nicht durchgeführt werden können. Um so erforderlicher erscheint es, daß auf gesetzmäßigem Wege versucht wird, den großen und obliegenden agrarpolitischen Aufgaben gerecht zu werden.

## Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Für die nächste Zeit steht eine Vorlage über die Teilung des Reichs in Provinzen bevor. Diese Teilung entspricht an und für sich keinem neuen Gedanken, vielmehr hat die ungeheure Arbeitslast, die das Reichsorganisationsamt zu bewältigen hat, schon längst Pläne zu seiner Entlassung reif gemacht. Die Kriegswirtschaft und die Notwendigkeit, dem erhöhten Geldbedarf des Reichs reichliche neue Finanzquellen zu erschließen, haben die Arbeit nicht geringer werden lassen. Daraus erklärt es sich, daß man, dem Beispiel anderer Länder entsprechend, Erwägungen darüber angestellt hat, ob nicht eine Verteilung in ein Reichsministerium, dem die Steuern und Zölle zu unterstellen wären, und in ein Reichsorganisationsamt, das die Reichsbetriebe, Reichsverkehrsanstalten, Reichsmonopole zu verwalten hätte und demgemäß natürlich auch an den kommenden, im Rahmen der Sozialisierungsbestrebungen liegenden Verstaatlichungsplänen beteiligt wird auch bei uns zweckmäßig sei.

Es darf als unbedingt sicher gelten, daß die Nationalversammlung die Aufgabe gestellt wird, die neuen Steuergesetze zu verabschieden und in Rahmen eines Notetats die Grundlage für ein wenigstens vorläufig geordnete Reichsfinanzwirtschaft zu schaffen. Mit den Steuergesetzen soll nicht bis zum verfassungsmäßigen Reichstag getarret werden. Die neue Kreditvorlage wird schon Anfang nächster Woche beraten werden. Sie beläuft sich, wie schon gemeldet, auf einen angeforderten Betrag von 25 Milliarden.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, beabsichtigt die preussische Regierung, die Nationalversammlung für Preußen anfangs März nach Berlin einzuberufen. Auch die Nationalversammlungen der übrigen Bundesstaaten sollen im März zusammentreten.

Bei den Besprechungen über den Fortgang der Nationalversammlung ist man, wie die Telegraphen Die Union meldet; zu der Uebersetzung gelangt, daß es in unmöglich sein werde, in der vorgesehenen Frist von zwei Monaten die Arbeiten zu erledigen. Die Parteien sind deshalb mit der Regierung in Verhandlungen eingetreten, und diese hat ihre Zustimmung dazu gegeben, nach den Osterferien, die am 1. April beginnen sollten, eine zweite Tagung einzuberufen, und zwar nach Berlin.

## Deutsch-Oesterreich.

In würdiger und einflussvoller Weise ist nach einleitender Meldung aus Wien die vorläufige deutsch-österreichische Nationalversammlung durch eine rührenden und vorhoffende Rede des Präsidenten Dr. Dinghofer geschloffen worden, nachdem sie vorher noch ein umfangreiches Tagespensum dringender Gesetzvorlagen, darunter ein Volkswehrgesetz, erledigt hatte. Man wird im großen und ganzen dem Lobe, das der Präsident der Nationalversammlung der ganzen deutsch-österreichischen Republik gespendet hat, beistimmen können. Das Ergebnis der Sammlungsarbeit der drei politischen Gruppen (Mitte, Sozialisten, der Christlichsozialen und der Freisinnigen) deren Hauptkontingent die verschiedenen demokratischen Parteien bilden, allerdings unter stillschweigender Anerkennung der Führerrolle der Sozialisten, die aus die wichtigsten Staatsämter, wie den Staatskanzler, die meisten des Auswärtigen und der sozialen Fürsorge, befreit zu mehrere andere Unterstaatssekretariatsstellen, innehat, ist es gelungen, ohne wesentliche Reibungen und ohne große Störungen der öffentlichen Ordnung (Schiedsrichtern und mit den unentbehrlichen Notarleistungen) zu versetzen. Die hervorragende Staatskunst, die gründliche Organisationsgabe und die hervorragenden rechnerischen Fähigkeiten des Staatskanzlers Dr. Karl Neuhäuser haben an diesem Verlauf der Dinge unzweifelhaft das vornehmste Verdienst. Aber auch die übrigen Mitglieder der Regierung, der Staatsrat und die gesamte Nationalversammlung haben sich ernstlich und erfolgreich bemüht, den Geist der Versöhnlichkeit festzuhalten und in emsigen Schaffen einen Notbau auszurichten, der der Interessen der Gesamtheit möglichst gut entspricht. Der allergrößte Verdienst der vorläufigen Nationalversammlung ist aber der am 12. November 1918 verfaßte Anschluß an Deutschland. Durch diesen Beschluß hat die große deutsche Bewegung den ersten Anstoß gegeben und alle mit dem Wiederaufbau des österreichischen Reiches in irgendeiner neuen Form hängenden Betreibungen in den Hintergrund gedrängt. Dadurch wurde die Grundlage geschaffen für den Aufbau des größeren Deutschlands, der jetzt in Weimar unter dem jubelnden Beifall des gesamten deutschen Volkes begonnen worden ist.

## Die Nationalversammlung.

Reichspräsidenten-Wahl.

Die Wahl des Reichspräsidenten dürfte frühestens am Mittwoch vorgenommen werden. Es wird allgemein angenommen, daß ein Sozialdemokrat und wahrscheinlich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt wird.

## Der Waffenstillstand.

Aus der Kommission.

Der Verband weigert sich, den Waffenstillstand ohne neue Verhandlungen zu verhängen. Infolgedessen hat Staatssekretär Erzberger als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission den Verband telegraphisch die Aufforderung gerichtet, die neuen Verhandlungen schon für den 12. d. anzuberaumen, da er unbedingt verlangen müsse, daß entsprechende Zeit für Verhandlungen freibleibe. Dürfte sich auch bei den neuen Verhandlungen um die wichtigsten Fragen, insbesondere um wichtige wirtschaftliche Fragen handeln. Wo bis neuen Verhandlungen stattfinden, hängt von dem Beschluß der Marshalls ab. Burszeit ist in den Verhandlungen mit dem Verband beinahe eine vollkommene Stagnation eingetreten.

Nach einer Pariser Meldung der Züricher Presse gelangten in einer Konferenz des alliierten Kriegsrats die neuen Waffenstillstandsbedingungen zur Besprechung. Der Verband wird auf der frühesten Durchführung der neuen Bedingungen bestehen.

Ueber die Aufnahme von Aranken in Anstalten des Reichsanstalten werden demnächst ausführliche Bestimmungen folgen.

Die französische Orientarmee teilt mit, daß alle Freiheitsbeschränkungen in Madagaskar gelassen sind, nachdem er erklärt hat seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort ohne Genehmigung der Alliierten nicht zu verlassen.

Weiter wird gemeldet: Da die Einzelstücke der vierterten über die abzuliefernden landwirtschaftlichen Maschinen sechs Tage später als vereinbart war, überreicht wurde, verzögert sich die Lieferung der Maschinen um dieselbe Zeit.

## Die Lebensmittelversorgung.

Die Alliierten teilen mit, daß die Zufuhr von Lebensmitteln vom rechten zu linken Rheinufer zugelassen und ihr Ankauf im ganzen besetzten Gebiet nicht gehindert werden soll.

Von zuständiger Stelle wird über den Stand der gegenwärtigen Verhandlungen über die Schiffahrtfrage und die Lebensmittelversorgung auf Anfrage mitgeteilt, daß der deutsche Vertreter Spaa betont habe, die gegenwärtigen Verhandlungen hingen unlösbar mit dem Zustandekommen eines Franzosenabkommens zusammen. Es sei daher angetragen, daß die Alliierten alsbald Finanzdelegierte beauftragen, die Verhandlungen aufzubauen und zu leiten. Der französische Postbote erwiderte, daß die Arbeiten der Finanzdelegierten sich am besten auf dem Ergebnis der schwebenden Verhandlungen aufbauen würden. Der deutsche Vertreter betonte nachmalig den Zusammenhang der Arbeiter und wiederholte seine Bitte



### Der Marknoten schmuggel.

Die deutsche Regierung hat bekanntlich vor einiger Zeit in Spaai erklärt, daß sie von der belgischen Regierung geeignete Maßnahmen verlange, durch welche der Marknoten schmuggel vom neutralen Gelände nach Belgien verhindert wird. Der Vorgesandene der belgischen Waffenstillstandskommission in Spaai meldet jetzt, den deutschen Vertretern, daß die belgische Regierung sofort nach Uebernahme der Gewalt Belgien einen Grenzüberwachungsdienst zur Verhinderung des Geldschmuggels eingerichtet habe. Die aus dem belgischen Umlauf zurückgezogenen Marktbeträge einschließlich der auf Grund des Waffenstillstandsvertrages zurückgenommenen Zurückzahlung in deutschen Noten betragen sich auf nahezu 7 Milliarden Franken. Die belgische Regierung erkennt sodann den Standpunkt der deutschen Regierung nachträglich in Belgien. Sie erklärt vielmehr, daß selbst, wenn die von ihr getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen nicht alle Mißbräuche verhindern könnten, die deutsche Regierung, da sie in Belgien einen Zahlungsmittel eingeführt habe, für alle mittelbaren und unmittelbaren Folgen dieser Maßnahme einzustehen müsse.

### Allerlei Nachrichten.

#### Reichssoldatenrat.

Kosle und Reinhardt haben, der „Deutschen Allgem. Ztg.“ zufolge, den Antrag der Berliner Kommandantur der Korpsfeldwebel auf Bildung eines Reichssoldatenrates abgelehnt.

#### Generalstreikdrohung.

Der in Belgien tagende Bezirksrat protestierte energisch gegen das Vorhaben der Regierung, die belgischen Arbeiter in Belgien zur Arbeit zurückzuführen und droht im Ablehnungsfall mit dem Generalstreik der gesamten Arbeiterklasse des Ruhrbezirks.

#### Der russische Bolschewismus.

Nach einem Ausländerblatt wird der „Times“ folgende Meldung gemeldet, daß die Hinrichtung des russischen Großfürsten am 28. Januar im inneren Hofe des Gefängnisses von Deriabinsk, Vorstadt von St. Petersburg, stattfand. Mit den Hinrichteten wurden noch 172 andere Personen erschossen und zwar 144 Männer und 28 Frauen, welche von den Bolschewisten beschuldigt waren, an der Ermordung des russischen Kaisers teilgenommen zu haben. Großfürst Nikolaus Michaelowitsch war so krank, daß er auf einen Stuhl getragen wurde. Auf der Bahre erschoss ihn. Die Erschießung fand am frühen Morgen des 17. Grad Kälte statt und wurde durch eine Abkühlung des Körpers und Chinesen in Gegenwart der vorübergehenden Kommission zur Bekämpfung der Revolution vorgenommen.

#### Russischer Angriff.

In Rußland erließ die Regierung Aufrufe im Hinblick auf die bevorstehende Einmarsch in Deutschland und zur Unterstützung mit den Spartakisten zu verbündeln. Die Aufrufe sind mit Transparenz versehen. Es ist sehr interessant, daß die Sowjetregierung sich gezwungen sieht, den deutschen Spartakisten zu Hilfe zu kommen, da in einem solchen Zeichen der Einmarsch der russischen Nord- und Brandenburger einen besonderen Ansehens genießen soll. Was nun diesen Einmarsch anbelangt, so dürfte er am deutschen Osthuf einen nicht unerheblichen Widerstand finden. Im übrigen werden die deutschen Spartakisten künftig gegen den Vorstoß kaum verteidigen können, daß sie sich, wie das die westlichen Verhältnisse der russischen Regierung zugeht, zum besten in einem herzlichen Seelenbund mit den Bolschewisten befinden.

#### Friede — Mitte Sommer.

Nach der Abreise Lloyd Georges am 8. und 13. Februar wird eine Periode angestrengter Arbeit in den Kommissionen der Friedenskonferenz beginnen, da sie das Material, das Wilson seiner Rückkehr vorfinden soll, vorbereiten müssen. Die hohe britische Persönlichkeit erklärte, der Friede werde wohl ungefähr Mitte Sommer geschlossen werden. In vielen Fragen sei noch keine Vereinbarung erzielt worden. Die kommende Aufgabe in der Arbeit des Rates der Großmächte werde die Regelung der Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien ermöglichen. Zum Beispiel Italien und Griechenland, sowie Italien und der jugoslawische Staat einigen, ohne daß die Konferenz zu vermitteln brauche.

#### Unterbrechung der Pariser Konferenz.

„Echo de Paris“ betont, daß infolge der Abreise Wilsons und Lloyd Georges die Arbeiten der Friedenskonferenz unterbrochen werden müssen. Während der Abwesenheit der beiden Delegierten werde nur referendar Weise verhandelt werden. In dieser Hinsicht werde aber die deutsche Nationalversammlung die Angelegenheit Deutsch-Oesterreichs beschließen. Auch der sozialistische Kongress in Bern werde seine Fortsetzungen ausstellen und die Ministerien wären durch ebendiese Abwesenheit außerstande, Stellung zu diesen Beschlüssen zu nehmen und Maßnahmen zu treffen, was nicht bedauert die Unterbrechung sehr.

#### Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 10. Febr. (Französischer Sprachunterricht.) Der neu eingeführte französische Sprachunterricht nimmt heute Montag in allen Volksschulen des Rheinbezirks seinen Anfang. In den einzelnen Kreisen haben bereits allgemeine Lehrerkonferenzen unter Leitung der Kreisbildungskommission statt, wobei die Maßnahmen für die Art der Unterrichtsmethode und der Umfang des Unterrichts festgelegt wurden. Vertreter der französischen Besatzungsbehörden nahmen an diesen Besprechungen teil. In der Regel handelt es sich um praktische Unterweisungen der drei oberen Schuljahre. Die Anordnungen zu den französischen Sprachkursen für Erwachsene, die in nahezu 100 Gemeinden der Provinz

stattfinden sollen, sind überaus zahlreich. So haben sich beispielsweise in Gau-Algesheim rund 150 Frauen und 100 Männer dazu gemeldet. Die Leiter dieser Kurse sind meistens die in den Gemeinden ansässigen Volksschullehrer.

Mainz, 10. Febr. (Güterfang.) Einen guten Fang hat die Kriminalpolizei gemacht. Es gelang ihr, einen schweren Jungen aus Berlin festzunehmen, der dort bedeutende Diebstähle ausgeführt hat. Auch steht er im Verdacht, einen Geldbriefträger ermordet zu haben. Zwei Kriminalbeamte trafen aus Berlin ein, um den Verbrecher nach dort zu verbringen.

Mainz, 10. Jan. (Schiffahrt.) Der Schleppeverkehr auf dem Rheine hat sich in der letzten Woche gegen die vorhergehenden acht Tage wieder etwas gehoben. Im allgemeinen kann behauptet werden, daß sich der Verkehr während der ganzen Woche in recht guten Bahnen gehalten hat, trotz der oft misslichen Verhältnisse, unter denen die Schiffahrt heutzutage zu leiden hat. Der stetig zurückgehende Wasserstand fängt bereits an, ihr weitere Hindernisse zu bereiten: die tiefergehenden Röhren müssen sich leider schon mit dem Gedanken vertraut machen, entweder zu leichtern oder geringere Ladungen aufzunehmen. In der Berichtwoche hatte die Vergahrsfahrt gegen die Tauchsahrt die Vorranghaft. Der Jahreszeit entsprechend waren die rheinwärts fahrenden Schiffe fast nur mit Kohlen, Holz und Braunkohlenbräunelast beladen. Zu Tal wurden ziemlich viel Grubenabfälle, hier und da auch geschnittenes und Grubenholz befördert. Die Schlepplöhne haben infolge des niedrigen Wasserstandes ihren hohen Stand voll und ganz aufrecht erhalten können. Im Verkehr der Schleppschraubendampfer hat es in der Berichtwoche etwas gehapert; der Stand der Vorwoche konnte nicht erreicht werden, die Dampfer hatten die Oberhand.

Aus Rheinhessen, 10. Febr. (Vonder Jagd.) Die Mainzer Wälder werden der weitaus größte Teil der rheinhessischen Jagden, deren Nachkommen im Februar fällig sind, nicht bezahlt. Mehrere wurden die Jagden von den Pächtern gekündigt mit der Begründung, daß das Jagdrecht nicht ausgeübt werden darf und die Jagden zum Teil auch ruiniert sind.

Saarbrücken, 10. Febr. (Lebensmittel.) Durch die französische Besatzungsbehörde sind dem Landkreis Saarbrücken für Schiefer- und Schieferarbeiten als erste Rate 46 500 Nationen Brot zu 600 Gramm überwiesen worden, ferner 14 700 Kilo Speck. Die Schieferarbeiter erhalten monatlich 600 Gramm und die Schieferarbeiter 400 Gramm Speck. Ferner sind zur allgemeinen Versorgung 16 000 Kilo Speck überwiesen worden, so daß die fettbezugsberechtigten Personen etwa rund 100 Gramm erhalten können. Außerdem sind 37 500 Maßlaffee zur allgemeinen Versorgung überwiesen worden. Der Preis für das Brot wird sich bei Abgabe an die Verbraucher auf 1.70—1.75 Mark für ein Brot von 1200 Gramm stellen. Der Preis für den Speck beträgt bei Abgabe an die Bevölkerung 9.50 Mark für das Kilo.

Köln, 10. Febr. (Flecksieber.) In den letzten Wochen sind hier mehrere Fälle von Flecksieber (Fleckschtyphus), zumeist mit tödlichem Ausgang, vorgekommen. In allen Fällen handelte es sich um ehemalige Heeresangehörige, die im Osten (Ukraine) gedient haben und von dort zur Entlassung gekommen waren.

M.-Gladbach, 10. Febr. (Die Lebensmittel.) Hier wurde der Verkauf von Kuchen, Bräunel und Auslandsmehl bei Androhung von Geldstrafen bis zu 50 000 Mark und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr verboten. Gleichzeitig weist der Oberbürgermeister darauf hin, daß größte Einschränkung nötig sei; die Vorräte an Getreide und Mehl seien so knapp, daß sie zur Brotversorgung bis zur nächsten Ernte bei weitem nicht mehr ausreichen.

#### Aus deutschen Weinbaugebieten.

Am Mittelrhein ist die Nachfrage nach 1918er Wein noch sehr reg, wobei Steigen der Preise wahrgenommen werden kann. Während bei den ersten Abschüssen 3000 Mk. für das Fuder als ein guter Preis gelten, werden heute schon 4000 Mark und mehr erzielt. Von den im Herbst 1918 einmalkerten Weinbergen sind die meisten während der jüngsten Zeit in anderen Besitz übergegangen. Der Umsatz in den letzten vier Wochen dürfte sich für das Gebiet zwischen Koblenz und Bingen auf etwa 7—800 Fuder belaufen. In den Rheinstädten Bacharach, Oberwesel und Boppard lagern bei den bedeutendsten Besitzern immer noch größere Vorräte, die aber zurückgehalten werden. Die Forderungen der Eigentümer für bessere Sorten gehen auf 4—5000 Mk. für die 1000 Liter. Auch 1917er Wein wurde in der jüngsten Zeit wiederholt begehrt; doch ist es wegen der hohen Forderungen von 7—8000 Mk. für die 1000 Liter zu Abschüssen nicht gekommen. An der Nahe hat das Weingeschäft aus freier Hand wesentliche Vermehrung erfahren. Die Nachfrage wurde stärker, der Absatz höher und die Preise erhöhten sich rasch. Die Kaufleute zeigten sich dabei geneigt, auf Erhöhungen um 60 v. H. einzugehen; baden beizien sich die Besitzer gar nicht mit dem Verkauf. Das Stück 1918er Wein ist unter 3600 Mk. nicht mehr zu haben, und für 1917er steigen die Preise ebenfalls wieder. In Rheinhessen sind jüngst größere Posten Wein abgesetzt worden. So hat man in Rodenhain einen Bestand von 120 Stück 1918er, zu 4000 Mk. das Stück und einen von 30 Stück zu je 4500 Mk. verkauft. (Zusammen für 615 000 Mark). Der Wingerwerb zu Wehlheim verlor 10 Stück 1918er zu je 4000 Mk. und 8 zu je 4300 Mk., der Wingerwerb in Alshain 100 Stück 1918er zu je 4200 Mark. Ferner wurden vor kurzem in Weinsheim für 50 Stück je 3500 Mk., in Merheim für 25 je 4800 Mark, Selzen für 20 je 2500—3000 Mk., Odenheim für 11 je 3000 Mk., Dalheim für 80 je 3000 Mk., Oppenheim für 14 je 4500 Mk., Elmshain für 25 je 3700 Mark, Weitenheim für 12 je 3200—3500 Mk., Derheim für 25 je 3000—3500 Mk., Radensheim für 30 je 3500 bis 4000 Mk., Spiesheim für 15 je 3000 Mk. und in Borchstadt für 25 Stück je 2500 bis 2800 Mk. gezahlt.

#### Die Ernährung des linken Rheinflusses.

Der französische Kommandant von Aachen hatte

dem General Rudant dringend befürwortet, den Bürgermeister von Aachen zu empfangen, der mit ihm wegen der Einführung von Lebensmitteln aus Holland nach Aachen verhandeln wollte, da die Lebensmittelnot in Aachen sehr groß sei. General Rudant weigerte sich, den Bürgermeister zu empfangen, mit der Begründung, die Ernährung des linken Rheinflusses sei Sache der deutschen Regierung, die ja am 31. Januar erklärt hätte, die nötigen Anweisungen geben zu wollen. Im übrigen sei die Waffenstillstandskommission in Spaai hierfür nicht zuständig.

### Lokales und Allgemeines.

Von der Post. In der letzten Zeit ist es sehr häufig vorgekommen, daß bei den abgeordneten Briefen der Absender nicht angegeben war, was wurden Briefumschläge verwandt die innen gestickt waren. Erstes muß unbedingt erfolgen, und gestickte Briefumschläge dürfen unter keinen Umständen benutzt werden. Die Postur läßt solche Briefe nicht durch; die Absender mögen sich also genau an den Vorschriften halten, um sich vor Unannehmlichkeiten zu wahren.

Salzpreis. Am 1. Februar ist seitens der Salinen der Preis für alle Sorten Salz um 3.50 Mark für 100 Kilo erhöht worden, wodurch die Preise sowohl im Großhandel, wie im Kleinverkauf eine dementsprechende Erhöhung erfahren haben.

### Die Luftschiffahrt.

#### Monopol für Flugverkehr.

Das mit Unterstützung der deutschen Danken gegründete Komitee für internationales Flugwesen verfügt bereits über ein Aktienkapital von etwa 80 000 000 Mark. Der bayerische, württembergische und sächsische Staat haben die Aktienmehrheit in Höhe von 51 Prozent des Aktienkapitals übernommen. Nach dem Beitritt der preussischen Regierung schwebt noch Verhandlungen. Da das Komitee auch bereits mit ausländischen Firmen zur Durchführung internationaler Linien Fühlung genommen hat, ist anzunehmen, daß es sich bei dem Komitee um ein ausschließliches Staatsmonopol in gewisshinreichender Unternehmungsform handelt.

#### Das Luftschiff im Dienste des Verkehrs.

Das englische Luftministerium hat das Ergebnis einer Untersuchung über die Verwendung von Luftschiffen und Flugzeugen zu Verkehrszielen in einer Denkschrift niedergelegt, die sich für eine Zusammenfassung der beiden Beförderungsarten ausspricht. Das Luftschiff ist für große Entfernungen und schwere Belastung geeignet; seine Geschwindigkeit ist zwar geringer als die des Flugzeugs, erreicht aber immerhin 114 Kilometer in der Stunde, womit es allen Beförderungsmitteln zu Land und zu Meer überlegen ist. Maschinenfehler oder sonstige Ausfälle können es schwerlich vornehmen, während das Flugzeug zu solchen Zwecken landen muß. Für weite Flüge über Meer oder große Wäldchen, sowie über ununterbrochene Strecken von 1500 Kilometern und mehr ist daher das Luftschiff dem Flugzeug überlegen. Aus

bietet das flatte Luftschiff die besten und bequemsten Einrichtungen für Reisende, deren sichere Beförderung durch die Luftfahrt vergrößert wird, daß in England während des Krieges bei einer Gesamtzahl von 83 000 Flugstunden und vier Millionen Kilometern Flugstrecke nur ein Luftschiff durch Brand verunfallt ist. Die Ursache sei überdies sofort erkannt — es geschah bei dem Probeflug eines neuen Modells — und für immer ausgeschlossen worden. Dem Einwurf, daß die Luftfahrt zu sehr mit Witterungsbedingungen rechnen müßte, wird mit der Feststellung begegnet, daß das vergangene Jahr bis zu Ende November nur neun Tage aufwies, an denen in England keine Luftschiffe fuhren; und die britischen Inseln hätten doch so ungefähr die schlimmsten Witterungsverhältnisse der Welt. Auf langen Fahrten könne man günstigen Winden folgen; andererseits sei das Luftschiff wegen seiner langen Schwebzeit in der Lage, widrige Luftverhältnisse zu umgehen oder zu überfliegen. Die vereinigte Benutzung der beiden Luftfahrzeuge denkt das Ministerium sich so, daß Standorte für flatte Luftschiffe, von 3—5000 Kilometer angelegt werden sollen, während Flugzeuge, deren Reichweite auf 800—1200 Kilometer entwickelt ließe, auf den benachbarten Gebieten die Güter und Reisenden heranzuführen würden. So könnte für das europäische Festland ein Luftschiffdienst von London nach New-York eingerichtet werden, wozu Fracht und Reisende aus Paris, Rom und andern Orten durch Flugzeug hinzubringen wären. Das Flugzeug würde mit der Eisenbahn, das Luftschiff mit dem Dampfschiff in Wettbewerb treten. Für das Luftschiff braucht höchstens die Hälfte der durchschnittlichen Schiffsfahrzeit angelegt zu werden. Im mittleren Afrika, wo sowohl die Landfracht wie das Flugzeug mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, würde das Luftschiff die Verbindung der Eisenbahnlinien herstellen. In weiteren Ausführungen wird auf das letzte deutsche flatte Luftschiff — wie es scheint, „S. 70“ — Bezug genommen, dessen Schwebzeit auf 7 1/2 Tage und eine größte Strecke von nahezu 13 000 Kilometer berechnet wird. Bei solchen Fahrten — leichter als Luft — bediene die Zielsetzung der Größenverhältnisse, die keiner Schwierigkeit begegne, zugleich eine beträchtliche Erhöhung der Tragkraft, was bei der andern Art keineswegs selbstverständlich sei.

### Bemerktes.

Die gestohlene Stradivariage. In Berliner Blättern teilt Bronislaw Duberman folgende Mitteilungen mit: Am 28. Januar ist mir aus meinem Wiener Hotel meine kostbare Stradivariage, auf der ich seit Jahren alle meine Konzerte gebe, gestohlen worden. Besondere Kennzeichen der Geige sind: Gängebürscheliger dunkelroter Lack, der fast die ganze Geige bedeckt, großer Sprung auf der linken Seitenfläche von der Barge bis zum F-Holz, eine große, durch meine Geigenhaltung bedingte, vom Launen herrührende Ausbuchtung an der unteren Schwelle in der Nähe des Halses.



fabes. Die Geige trägt den echten Fett I mit der Inschrift Antonius Stadivarius Armonienis Faciebat Anno 1713. Die Geige bestand sich mit einer zweiten Geige in einem leberartigen Geigenkorpel, der in einem Segelständer steckte. Für die Herbeischaffung der Geige sichere ich eine Belohnung von 1000 Mk. und bei Angeden, die zur Herbeischaffung führen, Straffreiheit zu."

Münchhausen in Amerika. Zwei Handelsreisende, der eine aus England, der andere aus den Vereinigten Staaten, sprachen über das Wetter in ihrer Heimat. Der Engländer betonte, das Wetter in England hätte nur einen einzigen, allerdings großen Fehler — es sei zu veränderlich. Man kann an einem Tage, sagte er, nur mit einem leichten Sommeranzug spazieren gehen, ohne daß es einem kühl ist. Und am nächsten Tage kann man kaum mit einem dicken Winterüberzieher auskommen. — „A“, sagte der Amerikaner, das ist noch gar nichts gegen das Wetter in Amerika. Meine beiden Freunde Johnson und Jones gerieten eines Tages in Wortwechsel. Auf dem Felde lag mehrere Zoll hoch Schnee. Der Streit wurde etwas heftig, und Johnson machte einen Schneeball und warf Jones damit, der nur 15 Ellen von ihm stand. Während der Schneeball durch die Luft flog — ob Sie es mir glauben oder nicht — schlug das Wetter plötzlich um und wurde warm und sommerlich, und Jones ist getroffen worden — von einem Schneeball, glauben Sie? — nein — er wurde von letztem Wasser verbrüht!“ (A. B.)

Amerikanischer Humor. Besucher (zur Dame des Hauses): „Vielleicht, gnädige Frau, können Sie Ihren Gatten veranlassen, seinen Namen auf die Liste unserer Vereinigung zu setzen. Der Beitrag für die lebenslange Mitgliedschaft beträgt nur 20 Mark.“ — Die Dame des Hauses: „Was ist das für eine Vereinigung?“ — „Die Vereinigung für die Ausrottung des Verbrechens.“ — „Ich glaube kaum, daß mein Mann etwas dazwischen betreiben würde.“ — „Warum denn nicht?“ — „Wollt er vom Verbrechen lebt.“ — „Was! Ist er ein Verbrecher?“ — „Nein. Er ist Detektiv.“ — „Achtung! Hier habe ich ein Problem für dich, alter Junge. Ein Esel war an einen sechs Fuß langen Strick gebunden. Nichts hat von ihm lag ein Bündel Heu, und der Esel wünschte dieses Heu zu streifen. Wie brachte er es fertig?“ — „Willie: „O, das ist ein alter Trick. Du weißt, daß ich sagen soll: Ich gebe es auf, damit du dann sagen kannst: Das ist der andere Esel auch.“ — „Achtung! Er ging hin zu dem Heu und fraß es.“ — „Willie: „Aber du sagtest doch, er sei an einen sechs Fuß langen Strick gebunden.“ — „Achtung! War er auch. Aber siehst du, das andere Ende des Stricks war nirgends angebunden. Ganz einfach, nicht wahr?“

### Was dem besetzten Gebiet.

Mains, 5. Febr. (Schiffahrt.) Bei Ostwind besteht noch Frostwetter. Die Schleusenkanäle auf dem Main sind mit einer dünnen Eisschicht bedeckt; die Fahrt ist jedoch noch offen. Die Bitterung verschärft das Fallen des Fahrwassers sehr; seine amliche Tiefe durch die Rostheimer Schleuse beträgt nur noch knapp 2 Meter, so daß das Leichterungsgefälle in den Gustavsburger Häfen zugenommen hat. Dort ist der Schiffsandrang so stark, daß auch nachts gelöscht wird, die Befüllung von Baggons befriedigt. Die Hauptanfuhr besteht aus Kohlen, Holz, Zement und Brennstoff. Leerraum bietet man reichlich an, zumal da Ladungen zur Beförderung rheinabwärts nur in sehr beschränktem Maße zur Begebung gelangen.

Machen, 5. Febr. (Im Namen der Revolution.) Der 22 Jahre alte, oft vorbestrafte Anton Heinen aus Bach bei Ribegggen wurde am 9. November v. J. von Revolutionären aus dem Zuchthaus befreit; er drang noch am selben Abend in Kreuzau in das Haus zweier allein wohnenden alten Damen ein, wo er früher bereits mehrere Einbrüche verübt hatte, und forderte „im Namen der Revolution“ mit vorgehaltenem Revolver alles bare Geld, um zu sehen, ob solches sich darunter befindet. Er nahm etwa 170 Mk. mit. S. wurde jetzt wegen räuberischer Erpressung zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Köln, 5. Febr. (Aus- und Einfuhrbeschränkungen.) Mit Rücksicht auf die Verkehrsbeschränkungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist zur Erleichterung der Ausfuhr von Gütern mit dem besetzten Gebiet ein Beauftragter des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbeschränkungen für das besetzte Gebiet mit dem Wohnsitz in Köln ernannt worden. Die Diensträume des Beauftragten befinden sich Plandach 1.

### Was den Deutschen gestattet ist.

Nach der „Nürnberger Post“ meldet die „Central News“ aus Paris vom 22. Januar, daß ein einflussreiches Mitglied der Konferenz auf die Frage, über welchen Friedensbedingungen den Deutschen gestattet werden würde, mitzuberateten, antwortete, daß dies in der Hauptsache die Fragen sein würden, die auf die Art und Höhe der Schandenvergütung Bezug haben. Man kann als bestimmt annehmen, daß die Konferenz auf jährliche Zahlung bestehen wird. Ferner werden die Deutschen in der Frage der gerichtlichen Verfolgung derjenigen Personen, die der Verantwortlichkeit für den Krieg unter Uebertretung der Gesetze der Menschlichkeit beschuldigt werden, gehört werden.

### Oesterreichs Aufsteilung.

Allen Anschein nach ist der Verband gegenwärtig mit einer Revision der politischen Verhältnisse im ehemaligen Oesterreich-Ungarn beschäftigt, um diese seinen programmatischen Grundföhen, insbesondere dem Willenschen Selbstbestimmungsprinzip, näher anzupassen. Die Provinzen werden von amerikanischen Studienkommissionen durchfahren die sich hauptsächlich die Feststellung ethnographischer Verhältnisse angelegen sein lassen. Als Erfolg dieser Gerechtigkeitsaktion versprechen sich die Deutschen eine vollständige Räumung Südbosniens durch die Slowenen bis zur Drau, sowie eine Räumung Südwestens seitens der Tschechen. Tatsache ist es, daß die Italiener beginnen, ihre Truppen aus Triest zurückzuziehen und ihre Demarkationslinie in Istrien und Krain etwa um 20 Kilometer weiter nach Westen zu versetzen.

### Bekanntmachung.

Die Personalausweise für die Bewohner der Hochheimerstr., Walbergasse, Unterludwigs-, Turmgasse, Snaugogengasse, Holzgasse, Kirchgasse, Eisenbahnstr., Kollinger-, Dreihäusergasse, Eddersheimerweg und Weilbacherweg sind am Freitag, den 14. Februar, auf dem Rathaus Zimmer 6 abzuholen.

Da die Ausweise von dem Inhaber zu unterschreiben sind, ist persönliches Erscheinen unbedingt erforderlich. Flörsheim, den 12. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

### Bekanntmachung.

Seitens eines französischen Soldaten wurde heute 1 Portemonnaie mit Inhalt (1 Schein a 100 frs.) verloren. Der Finder wird ersucht, dasselbe sofort bei dem Herrn Kommandanten, Obermainstr. 6, abzuliefern. Sollte inzwischen in einem Geschäft seitens eines Civilisten die Umwechslung eines 100 frs.-Scheins erfolgt sein, so ist dies unter Kennung der betr. Person sofort bei dem Herrn Kommandeur anzuzeigen. Flörsheim, den 12. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

### Bekanntmachung.

Die Hausbesitzer werden hiermit auf das Wegschaffen des Schnees vom Bürgersteig und das Streuen mit Asche pp. bei Glatteis besonders hingewiesen. Flörsheim, den 12. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

### Bekanntmachung.

Der Höchstkommandierende der alliierten Armeen gibt hiermit bekannt, daß folgende deutsche offizielle Zeitungen in das besetzte Gebiet eingeführt werden dürfen:

- 1) der „Reichsanzeiger“
- 2) die „Staatsanzeiger“ von:

Preußen, Bayern, Oldenburg und Hessen.

Um aber die Kontrolle über diese Zeitungen zu führen, müssen alle deutschen Behörden dieselben gleich nach Erhalt dem Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) vorlegen.

Wiesbaden, le 5 fevrier 1919.

Le Lt. Colonel Administrateur militaire du Cercle Wiesbaden (Campagne). Fabre.

### Öffentliche Arbeitsnachweisstelle Flörsheim a. M.

Arbeitsmarkt. A beitsuchende.

Weibliche Personen: 2 Dienstmädchen.

Männliche Personen: 1 Werkzeugmacher.

1 Elektromonteur.

2 Heizer zugl. S. Lösser.

1 Sattler.

Mehrere Tagelöhner.

Die Inanspruchnahme der Arbeitsnachweisstelle, durch die Herrn Arbeitgeber wird höflich empfohlen.

Für zeitig vorübergehende Arbeiten können sofort Arbeitskräfte durch die Arbeitsnachweisstelle zur Verfügung gestellt werden. Weitere Auskünfte werden bereitwillig erteilt.

Öffentliche Arbeitsnachweis Flörsheim

Rathaus Zimmer 3.

Der Beauftragte:

Heinrich Theis.

### Bekanntmachung.

Betr. Appel der demobilisierten Mannschaften.

Zur Berichtigung irriger Auffassungen wird darauf hingewiesen, daß eine Befreiung vom Appel in keinem Fall zulässig ist. Bei dringender Verhinderung (Dienst von Beamten, unaufschiebbare Reisen) müssen sich die Betroffenen vor dem Appel oder am Tage desselben bei dem Herrn Bürgermeister melden. Die so Entschuldigten werden als „anwesend“ gerechnet. In die Liste der Fehlenden werden nur diejenigen aufgenommen, die ohne diese persönliche Entschuldigung den Appel versäumt haben. Wer wegen Krankheit dem Appel fernbleibt, hat eine ärztliche Bescheinigung dem Bürgermeister einzureichen, die von diesem der Meldung anzuhängen ist.

Le Commandant de l'arrondissement d'Etapes de Wiesbaden Campagne.

Wird veröffentlicht.

Flörsheim, den 10. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

### Vorschriften über den Postkartenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland.

Am 5. Februar 1919 treten folgende Vorschriften in Kraft:

1. Der Postkartenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland ist zugelassen.
2. Die Postkarten dürfen nur Familiennachrichten enthalten.
3. Die Postkarten müssen sehr leserlich und möglichst in lateinischer Schrift geschrieben sein; außerdem mit Namen und vollständiger Adresse versehen sein.
4. Die einzig zugelassenen Sprachen sind französisch und deutsch.

Wiesbaden, le 5 fevrier 1919.

Le Lt. Colonel Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) Fabre.

### Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag 8.30 Uhr Amt für Kath. Geis für Marian. Kongregation. 7 Uhr Amt für Familie Gerhard Dienst.

Samstag 8.30 Uhr Jahramt für Ursula Dienst (Schwesternhaus) 7 Uhr Jahramt für Anna Maria Theis geb. Müller.

### Israelitischer Gottesdienst.

Samstag 15. Februar 1919.

Sabbat Tezaweh.

Vorabendgottesdienst 4.10 Uhr.

Morgengottesdienst 8.00 Uhr.

Nachmittagsgottesdienst 2 Uhr 00 Min.

Abendgottesdienst 5 Uhr 30 Min.

### Katholischer Gottesdienst in Eddersheim.

Freitag: best. Amt für Peter Hartmann. Samstag: best. Amt zu Ehren der hl. Familie. Nächsten Sonntag ist das ewige Gebet.

### Portemonnaie mit Inhalt (100 Frs.-Schein)

ist verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, sich bei der „Flörsheimer Zeitung“ zu melden. Belohnung zugesichert.

Empfehle

Gratulations-Karten für Verlobung Hochzeit usw.

Beileids-Karten bei Sterbefällen.

Deutsch-französische u. französisch-deutsche

### Sprachbücher

Tagebücher, Postkartenalbum, Postalbum, Albumbilder usw.

A. Jost, Eddersheim, Bahnhofstr. 39

### J. W. Kintel, Gerberei und Lederfabrik

Heidesheim (Rheinhesse) und Mainz

übernimmt das Gerben von Grohhäuten, sowie von Kalb-, Ziegen- und Kleinen Fellen.

### Ankauf von Rohhäuten und Fellen

in jedem Umfange.

Fabrikation von Lederwaren. Spezialität Kuntz, Geschirre, Treibriemen, Rossenartikel.

### 1893er Naturreiner Flaschenwein

besonders f. Kranke geeignet, empfiehlt Heinz. Klepper, Grabenstr. 1

### Deutsch-französische Dictionare, mit Aussprache

vom Verlag neu eingetroffen bei H. Dreisbach

### Stenographen-Verein „Gabelsberger“

Flörsheim am Main.

In der Grabenstrahlschule beginnen:

Freitag, den 14. Febr. 1919, abends 7.45 Uhr ein „Anfänger-Unterricht“.

Die Kosten für den Anfänger-Unterricht betragen ausschließlich Lehrgang und Hefte Mk. 8.—

Anmeldungen hierzu werden bis zum 14. Februar bei Herrn J. Thomas, Obertaunusstraße 4 und Herrn Claudius Siegfried, Grabenstraße, entgegengenommen.

Die Mitglieder werden ganz besonders gebeten, an dem Fortbildungs-Unterricht pünktlich u. regelmäßig teilzunehmen. Der Vorstand: J. A. J. Thomas.

### Papier-Servietten

empfehle

Heinrich Dreisbach, Karthäuserstr. 6.

### PHILIPP FRANK, Dentist

Wickerstr. 9 Flörsheim Telephon 64.

Zahnziehen (Auf Wunsch mit Betäubung)

Plombieren in Gold, Amalgam, Porzellan, Cement.

Künstlicher Zahn Ersatz (Metall Kautschukarbeit).

Sprechstunden

an Wochentagen von 1-6 Uhr, Sonntagen von 9-2 Uhr.

### Ordentlicher Junge

kann das

### Buchdruckerhandwerk

erlernen. Eintritt Ostern 1919. Wöchentliche Barvergütung. Näheres im Verlag der Flörsheimer Zeitung, Karthäuserstraße 6.

### Evgl. Gesangbücher

empfehle

Buchhandlung H. Dreisbach

Karthäuserstraße 6. Telefon 59.